

der Betriebsorganisation zu bringen. Der Profit wird der der K.A.P.D. sein. Mithin haben wir beide das gleiche Ziel und das gleiche Interesse. Wir können somit nur zum Siege kommen. (Bravo!)

R.-Berlin: Ich stelle hiermit das Referat zur

D i s k u s s i o n

H.-Leipzig: Wir führen den Kampf gegen die Gewerkschaften in unserem Bezirk mit aller Schärfe und hätten darum gewünscht, daß auch ein Referat über die Freie Union gehalten worden wäre. Der Kampf wird uns erschwert, wenn wir unsere Stellung gegen die Freie Union einnehmen. Die Betriebsorganisationen, die alle revolutionären Arbeiter zusammenfassen, die auf dem Boden der Umwälzung stehen, haben ebenfalls ihren Anschluß an die Freie Union gesucht. Wir haben keine Ursache, besondere Streitpunkte zwischen uns und der Freien Union hervorzusuchen, wo wir in manchen anderen Punkten mit ihr konform gehen können. Es ist falsch, wenn man die Mitglieder der Freien Union mit Syndikalisten identifizieren will. Es sind verschiedene Punkte, wo sich die Auffassung der A.A.U. mit der der Freien Union deckt. Ich mache aber zwischen Syndikalisten und der Freien Union einen Unterschied. Die Zahl der Syndikalisten, die die Gewalt verneinen, ist sehr gering. Die Auffassung Katers ist da für mich nicht maßgebend. Sie wird auch von den Mitgliedern der Freien wie der Arbeiterunion zurückgedrängt. Die Freie Union ist ein Faktor, mit dem wir rechnen müssen.

Sp.-Rheinland: Wir haben in unserer Organisation der A.A.U. mit der Freien Union manche bittere Erfahrung gemacht. Es war leider nicht möglich, in sachlichen Auseinandersetzungen die Differenzpunkte zu klären. Wir mußten gegen die Syndikalisten einen scharfen Trennungsstrich ziehen. Ich möchte empfehlen, daß die einzelnen Wirtschaftsbezirke

nicht allzu lange warten mit diesem Trennungsstrich. Rocker und Kater lehnen die Gewalt in jeder Beziehung ab. Die Stellung der Partei zur Betriebsorganisation ist eine erfreuliche. Wenn hier erklärt wurde, daß die Partei und die B.O. ein Ganzes bilden sollten, so wird sich das praktisch nicht durchführen lassen. Wir haben erfahren, daß innerhalb der B.O. keine kommunistische Parteipolitik getrieben werden darf. Wir haben in den verschiedenen Unions die verschiedensten Parteimitglieder. - Der Spartakusbund hat, nachdem die Neuerkommission verhaftet wurde, ihre Hand von der Organisation weggezogen. Er hat nicht dafür gesorgt, daß sogleich eine Reserve nachrückte. Dadurch konnte es geschehen, daß Leute der Freien Bergarbeiterunion die Leitung in die Hand bekamen, die von den Zielen der Union gar keine Ahnung hatten. So haben heute Mitglieder der U.S.P. die Leitung in den Händen, und keine Kommunisten. Mit der Propagierung einer reinen Parteipolitik können wir nicht vorankommen. Man schlug uns die Schreibweise des "Kampfruf" um die Ohren.

R.-Berlin: Es ist ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf 10 Minuten eingegangen.

Der Antrag ist angenommen.

Sodann ist die folgende Resolution eingebracht worden:

Der Parteitag erwartet von den Mitgliedern, daß sie aus den Gewerkschaften austreten. Er stellt sich rückhaltlos auf den Standpunkt der Betriebsorganisation, zusammengefaßt in der Allgemeinen Arbeiterunion.
Jh.-Berlin.

Pf.-Gotha: Mein Vorredner hat den Referenten mißverstanden. Er konnte nicht verlangen, daß die Mitglieder der B.O. in die Partei gehen, sondern umgekehrt. Darin unterscheidet

sich unsere Partei von den anderen, daß wir sie nicht als Selbstzweck für Bonzen betrachten, sondern daß sie nur ein Organisationsmittel für die Propaganda ist, die Revolution vorwärts zu treiben. Wir suchen die Proletarier zu vereinen in der revolutionären B.O. Es wird unsere Aufgabe sein, den revolutionären kommunistischen Gedanken in der B.O. zu propagieren. Auch ich bedaure, daß wir nicht einen Vertreter von der Freien Union gehört haben. Bei den Syndikalisten finden wir ein viel klareres und bewußteres Proletariat als bei der S.P.D. und U.S.P. Wir sollten also mehr als bisher unsere Auffassungen unter diese Proletarier bringen. Wir müssen uns klar darüber werden, was wir den Syndikalisten als Genossen zu sagen haben, daß auch sie diesen Staat beseitigen wollen, die Klassenherrschaft stürzen und das Rätesystem aufrichten. Sie müssen mit uns gehen, denn ihr Wirtschaftsprogramm ist eine Phrase, denn in dem Augenblick der Aktion ist der Massenstreik ein politischer Streik, und der Kampf kein wirtschaftlicher, sondern ein durchaus politischer, den sie angeblich verneinen. Das müssen wir den Syndikalisten klar machen.

H.-Dresden: Die B.O. ist heute zu einem Rückgrat der K.A.P. geworden. Wir haben durchaus nicht solchen Schiffbruch erlitten wie die Genossen des Rheinlandes. Wir haben schon seit einem Jahr die Frage ventiliert, und haben dann die richtige Taktik eingeschlagen. Für uns kommt es mehr darauf an, in die Betriebe kommunistische Propaganda zu tragen, als zahlenmäßig zu glänzen. Den Kampf gegen die Gewerkschaften haben wir mit der Parole aufgenommen, daß wir die Kluft so viel als möglich erweiterten, daß an ein Überbrücken nicht mehr zu denken ist, sodaß im entscheidenden Moment die Massen nicht mehr der Parole der Gewerkschaften nachlaufen werden. Die Methode des Rheinlandes hat auch bei uns schon zu Unliebsamkeiten geführt. Unsere Taktik geht dahin, den Gewerk-

schaften solange die Politik der Tarifverträge zu überlassen, bis der entscheidende Augenblick vor der Tür steht, und den Kampf dann im Sinne unserer Parolen weiter zu treiben. Es mag sein, daß noch Genossen der K.A.P. der Freien Union angehören. Bei uns in Sachsen besteht nur die A.A.U. Ich begrüße die Resolution. Es kann kein Kompromiß sein, sondern nur eine Frage, die zu erwägen wäre, ob sich die Freie Union evtl. der A.U. eingliedert. Auch die Anwürfe gegen Rühle müssen zurückgewiesen werden, daß wir Syndikalisten und Anarchisten seien. Es geschieht das nur, um die Köpfe der Arbeiter zu verwirren.

Th.-Besetzte Zone: Die früheren Mitglieder unserer Organisation sind heute syndikalistisch verseucht, für unsere Bewegung verloren. Sie verwerfen die bewaffnete Aktion. Die Mitglieder der Freien Union sind mit uns in den Kampf gezogen, aber nicht aus der Erkenntnis heraus, daß sie damit den Boden ihres Programms verließen, - sie waren eben noch keine rechten Syndikalisten. Eine Verschmelzung lehne ich entschieden ab. An die Mitglieder der syndikalistischen Organisationen müssen wir herantreten und ihnen sagen, daß sie auf falschen Bahnen wandeln.

H.-Hamburg: Das Referat hat mich enttäuscht. Ich muß hier feststellen, daß ich die Ausführungen nicht anders als echt sozialdemokratisch ansehen kann. (Lachen!) In der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsform war die Partei die Ergänzung der freien Gewerkschaften. Heute liegen die Dinge anders. Heute sind alle Wirtschaftsfragen auch zugleich politische Fragen. Die A.A.U. ist wirtschaftlich und politisch zugleich. Die Arbeiterunion muß diejenige Keimzelle sein, die den Aufbau der künftigen Gesellschaft vorbereiten muß. Man darf nicht die Parteipolitik in die A.U. tragen. Die

Die A.U. steht ja auf dem Boden des Rätegedankens. Es bedarf also gar keiner besonderen Propaganda.

N.-Leipzig: Wir müssen uns die Prinzipienklärung der Syndikalisten etwas genauer ansehen, um nicht zu behaupten, daß die Syndikalisten den politischen Kampf ablehnen. Sie lehnen den sogenannten politischen Parteikampf ab. Das ist etwas anderes. Beide Organisationen, die Freie Union und die A.U. sind aufgebaut auf rein föderativer Grundlage. Sie kämpfen mit uns zur Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaft. Wenn Gegensätze bestehen, so können sie überbrückt werden.

G.-Hannover: Ich bitte die Redner doch, auf die vorliegende Resolution einzugehen, die wir gar nicht annehmen können, weil sie den Bezirken nicht vorgelegen hat.

Schw.-Berlin: Ich glaube, daß die Streitfragen Fragen sind, die noch nicht zu einem endgültigen Beschluß reif sind. Wir sollten das ruhig abwarten. Die Trennungslinie der A.U. gegen die Freie Union wird den Vorzug verdienen müssen. Ich bin überzeugt, daß die syndikalistische Richtung nicht mehr lange durchzuführen sein wird. Der Standpunkt der Syndikalisten wird sich noch einmal blutig gefährlich auswirken. Es wird notwendig sein, in den Bezirken die Diskussion sofort nach dem Parteitage aufzunehmen.

Ih.-Berlin: Die Debatte hat ergeben, daß diese Frage erörtert werden mußte. Wenn die Genossen keinen Unterschied zwischen der A.A.U. und der Freien Union finden, dann wissen sie eben nicht, welche Unterschiede vorhanden sind. Die B.O. ist keine Parteisache; wir erwarten die Unterstützung der K.A.P.

R.-Berlin: Der Genosse Kr.-Hamburg hat Schluß der Debatte beantragt.

Der Schlußantrag wird mit 30 gegen 7 Stimmen angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die vorliegende Resolution:

Die Resolution Ih.-Berlin ist mit 26 gegen 3 Stimmen angenommen.

N.-Spandau-Osthavelland: erklärt: Ein großer Teil unserer Mitglieder sind Syndikalisten oder Mitglieder der Freien Arbeiter-Union. Wir können unsere Zustimmung zu der Zusatzklärung nicht geben.

Der Bezirk Pommern: schließt sich der Erklärung an.

R.-Berlin: Ich halte es für notwendig, die Sitzung jetzt zu vertagen, um nachher die übrigen Punkte zu erledigen.

Die Sitzung ist von 5 auf 5 1/2 Uhr vertagt.

D r i t t e r

V e r h a n d l u n g s t a g.

2. Nachmittagsitzung

Nach dem Zusammentritt der Delegierten beantragt

M.-Berlin: Vertagung der Sitzung auf Mittwoch vormittag.

R.-Berlin: beantragt, noch den Geschäftsbericht erstatten zu lassen und dann zu vertagen.

Der Antrag M.-Berlin wird darauf mit 19 gegen 10 Stimmen

a n g e n o m m e n.

N.-Rheinland: regt an, am Mittwoch ein kurzes Referat über die politische Lage einzufügen.

Darauf erfolgt Schluß der Sitzung um 6 Uhr.

V i e r t e r

V e r h a n d l u n g s t a g.

R.-Berlin: eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr morgens. Er weist darauf hin, daß der Saal nur bis 3 Uhr zur Verfügung steht

Sodann erhält das Wort zum

G e s c h ä f t s b e r i c h t

R.-Berlin: Als wir am 4. April d. Jahres die Kommunistische Arbeiter-Partei gründeten, die entstanden war aus der Opposition des Spartakusbundes, konnte man eigentlich von einer Organisation noch nicht reden. Soweit das hervorging, bestand eine gewisse einheitliche theoretische Auffassung der Opposition. Es zeigte sich dann aber auf diesem Gründungsparteitag, daß große Wirtschaftsgebiete gar nicht vertreten waren, z.B. das Rheinland, das damals gerade in der Aktion stand. Diejenigen, die am Parteitag teilgenommen haben, werden sich erinnern, wie die Berichterstatter ankamen, wie wir versuchten, die Delegationen aufzurütteln, um die Rheinländer zu unterstützen. Das lief leider vergeblich aus. Diese fehlenden Bezirke haben sich erst nach der Gründung angeschlossen. Es war dies unsere erste Aufgabe: den Aufbau der Organisation herbeizuführen. Dazu waren wir in den verschiedenen Bezirkskonferenzen, um den Anschluß mit veranlassen zu helfen. Daher kam denn auch auf jeder dieser Konferenzen unser Kampf mit dem Spartakusbund, (Mitteldeutschland, und Rheinland-Westfalen) wo erst nach dem Gründungsparteitag innerhalb der Mitgliedschaften die Auseinandersetzungen eintraten, die nachher zum Anschluß an die K.A.P. geführt haben.

Ich möchte kurz, ohne die Dinge zu verschleiern, wie sie sind, klar legen: wir haben einen schweren Stand gehabt. Ohne irgend etwas zur Verfügung zu haben, traten wir auf den Plan, während andererseits der Spartakusbund dastand, der mit einem riesigen Heer von Rednern und Geld auftrat und versuchte, die Unterminierarbeit einzusetzen. In einzelnen Bezirken war eine organisatorische Schwächung dadurch, daß in den Bezirken eine Verbindung der Ortsgruppen untereinander nicht vorhanden war. Wir sahen dann, daß in diesen Bezirken der Spartakusbund tatsächlich an Boden gewann. Ich nenne da Thüringen, wo der Spartakusbund eine starke Zunahme zu verzeichnen hatte. Er konnte 26 neue Ortsgruppen gründen. Das ist ein Zeichen, daß die Organisation innerhalb unserer Partei eine straffere werden muß. Die Gliederung nach Unterbezirken muß restlos durchgeführt werden und dort, wo ein Bezirk besteht, müssen auch die Fäden nach den Ortsgruppen gehen, um den ganzen Organisationsapparat an einander geschmiedet zu sehen. Wenn das nicht der Fall ist, werden die Ortsgruppen von den übrigen Organisationen aufgesogen. Die Dinge stehen nun so, daß die K.A.P.D. sachlich ihren Stützpunkt in Berlin hat. Von anderen Bezirken war eine Unterstützung gar nicht zu erwarten. Es war ein Mangel an organisatorischen Kräften und Agitatoren zu verzeichnen. Daher mußten wir alle verfügbaren Kräfte aus Berlin ziehen, um die angeforderten Referenten überhaupt zur Verfügung stellen zu können. Dadurch hat Berlin natürlich politisch und theoretisch stark gelitten. Wir sehen, daß auch in diesen Fragen eine Regelung Platz greifen muß dergestalt, daß die einzelnen Bezirke daran gehen, aus sich selbst heraus einen Stamm von Referenten zu züchten durch Einrichtung von Kursen, um die überall vorhandenen Kräfte zu sammeln. Wenn das in Angriff genommen wird, dann würden manche Unkosten erspart werden. Aber ich muß sagen, daß viele Bezirke sehr wenig Initiative entwickeln nach dieser Richtung hin. Ober-

all dort, wo die Bezirke nicht vorher in Opposition standen, brach ein harter Kampf mit dem Spartakusbund aus, da ja dort die meisten guten Agitatoren waren, die sich deshalb uns nicht anschlossen, weil sie vom Spartakusbund angestellt wurden. So gingen alle diejenigen, die auf eine Stellung rechneten, zum Spartakusbund. Wir sind froh darüber, daß solche Leute nicht mehr bei uns sind. Durch den Umstand, daß wir keine Gelder haben, sind alle korrumpierenden Gestalten ausgeschlossen worden.

Hat unsere Bewegung zugenommen, oder hat sie abgenommen? Da erkläre ich: trotz all dieser Schwierigkeiten, die uns infolge des Fehlens rednerischer Kräfte und des Geldes sind wir tatsächlich überall im Reiche mit einigen Ausnahmen in der Fortbildung begriffen. Ich sage nicht zu viel, wenn wir heute ca. 75 % des Spartakusbundes gewonnen haben. Der Spartakusbund hat nur noch als Stützpunkte Chemnitz und Stuttgart. In den übrigen Bezirken hat er nur einzelne Ortsgruppen.

Auf unserem Gründungsparteitage haben wir das Schwergewicht im Gegensatz zu den anderen Parteien, auf unsere Mitglieder gelegt. Unser Organisationstatut ist so aufgebaut worden, daß die einzelnen Bezirke das Selbstverwaltungsrecht haben und auf der anderen Seite die Organisation auch getragen wird durch den Gesamtwillen der Mitgliedschaften. Bei uns besteht bis heute kein bürokratischer Apparat. Der Geschäftsführende Ausschuß besteht aus einzelnen Mitgliedern Berlins und der übrigen Bezirke. Der erweiterte Ausschuß besteht aus den Vertretern aller Bezirke und daher ist es undenkbar, daß bei uns ein derartiger bürokratischer Apparat einsetzen kann, wie bei den übrigen Parteien.

Heute liegen nun die Abänderungsanträge zu dem vom Gründungsparteitage geschaffenen Organisationsstatut vor. Es

sind die verschiedensten Anträge eingereicht worden. Es wird da die Änderung des Namens verlangt, auf der anderen Seite ist ein Vorschlag Ost Sachsens, ein neues Organisationsstatut, die Auflösung der Partei herbeizuführen. In diesen Richtlinien, die Ost Sachsen vorschlägt, ist gesagt, daß die Wirtschaftsbezirke alljährlich einmal zu einem Bundestage zusammenkommen. Er stellt eine lose Verbindung dar. Zur Fassung bindender Beschlüsse ist derselbe nicht berechtigt. Das wäre ein Aufgeben der gesamten Organisation. Das würde bedeuten, daß wir überhaupt keinen organisatorischen Zusammenschluß gebrauchen, daß jeder Bezirk fortwursteln kann ohne Rücksicht auf die übrigen zu nehmen. Das würde bedeuten, daß tatsächlich die Organisation von Anfang an unmöglich wäre. Ich will darüber eigentlich kaum reden, die Genossen werden selbst davon überzeugt sein, daß die Dinge nicht so gehen können. Es würde ein solcher Aufbau bedeuten, daß alle jene Bezirke, die glauben, nach dieser Richtung hin arbeiten zu müssen, selbst gezwungen sind, an ihre Mitglieder Rundschreiben ergehen zu lassen, und was dergleichen Dinge mehr sind. Solche Fragen müßten für uns von untergeordneter Bedeutung sein. Wir müssen schlagkräftig sein und den Willen der Massen zum Ausdruck bringen. Deshalb erscheinen mir derartige Anträge undiskutabel. Wenn wir Zeit hätten, Experimente zu machen, dann würde ich solche Statuten einmal anraten. Das Fiasko würde bald eintreten.

Die Kräfte, die im Rheinland agitatorisch tätig waren, werden verfolgt, befinden sich auf der Flucht, der Organisationsapparat schwebt in der Luft, nur in einzelnen Orten waren die leitenden Genossen vorhanden, und so mußte das Rheinland erst neu organisieren. Ich glaube, daß im Rheinland jetzt dieser Punkt überwunden zu sein scheint, daß man jetzt daran ist, auch dort die Organisation schlagkräftig zu machen. In Mitteldeutschland liegen die Dinge ähnlich.

Auch dort kann man sagen, ist tatkräftig gearbeitet worden. Auch dort haben sich die einzelnen Ortsgruppen dicht aneinander geschlossen und ihren Apparat so aufgebaut, daß er auch wirklich funktioniert.

In Sachsen-Anhalt liegen die Dinge etwas anders. Es sind dort verschiedene Dinge eingetreten, die zu einer gewissen Unsicherheit in der Organisation geführt haben. Man hat einzelne Personen ausgeschaltet und dadurch wird auch die Organisation in Sachsen-Anhalt wieder gesund werden. Ich hoffe, daß auch dieser Bezirk recht bald von sich sagen kann, daß er den übrigen Bezirken nicht nachsteht.

In Schlesien haben wir bis jetzt noch keinen Fuß gefaßt. Es wird unsere Aufgabe sein, in nächster Zeit auch diese Gebiete zu bearbeiten und zu versuchen, die Organisation aufzubauen.

In Süddeutschland macht sich allmählich eine Bewegung in Feuerbach bemerkbar, das zusammen mit einigen Orten uns schon angegliedert war, die aber dann, als die Hamburger Idee auftauchte, ihren Austritt erklärten, weil man mit dem Nationalbolschewismus nichts zu tun haben wollte.

Im Bezirke Nordwest ist die einzige Stütze Wilhelmshaven. Bremen liegt darnieder. Dort sind gar keine organisatorischen Kräfte für uns tätig. Man hat versucht, dort öffentliche Versammlungen einzuberufen, in denen Laufenberg und Wolffheim reden sollten. Aber durch diese Referate wurde die Versammlung auseinandergesprengt, Unkosten waren M 1500.-- und Bremen war dem Zusammenbruch nahe. Wie dort oben einzugreifen ist, wird die Zukunft lehren. Ich weiß nicht, wie die Verhältnisse dort jetzt gediehen sind.

In Hamburg sieht die Lage sehr traurig aus. Man hat uns immer 5 - 8000 Mitglieder angegeben. Ich war selbst in Hamburg und

habe gesehen, daß nur 2000 auf dem Papier stehen. Von diesen 2000 Mitgliedern besuchen ca. 4 - 500 nur noch die Mitgliederversammlungen. Die K.A.Z. wird in ca. 800 Exemplaren abgesetzt. Die übrigen wandern ins deutsche Wirtschaftsgebiet und ins Ausland. Für die Zeitung kann jeden Augenblick der Zusammenbruch erwartet werden. Die Verhältnisse in Hamburg sind sehr trübe und wer das Bild in sich aufgenommen hat, der muß sagen, daß es zu bedauern ist, daß ein solcher Stützpunkt von Anfang an zerschlagen ist. Man hat sich auf Theorie festgelegt und die Folge war, daß die Arbeiterschaft die Organisation verlassen hat. Ich habe mich nicht etwa innerhalb der Reihen der Opposition, sondern bei Anhängern Laufenbergs und Wolffheims nach der Lage erkundigt und ein jeder der Genossen hat mir dieses traurige Bild gezeichnet. Ich habe auch mit Mitgliedern des Aktionsausschusses gesprochen. Einige zeichneten das Bild noch trauriger als ich die Lage geschildert habe. Wenn die Organisation der K.A.P.D. sich genau so orientieren sollte, dann wäre das auch das Schicksal der übrigen Bezirke geworden. Dagegen mußte man Sturm laufen. Einzelne Genossen haben ihre Mitgliedsbücher auf das Sekretariat gebracht, in einzelnen Bezirken besuchte man die Bezirksabende überhaupt nicht mehr.

Wenn wir so das allgemeine Bild nehmen, dann ist noch Vieles abzuändern und wir haben alle Kräfte anzuspannen, um das zu werden, was wir sein wollen. Es hat keinen Wert, zu glauben, daß man mit Phrasen eine Organisation aufbauen kann. Der Hebel muß an der Kleinarbeit einsetzen. Nicht dadurch, daß man nur große Versammlungen einberuft, es muß auch organisationsmäßig hinterher gegriffen werden. Darum sage ich, wir müssen jetzt aufpassen, uns enger zusammenschließen, um in den kommenden Aktionen auch gewappnet zu sein.

Den

Kassenbericht

gibt E.-Berlin: Ich will zunächst einen ganz geschäftlichen Kassenbericht geben und will die Zahlen, soweit erforderlich erklären. Ich bitte, nach Unklarheiten zu fragen, da ja auch die Revisoren anwesend sind.

An Einnahmen hatten wir von April - Juli 28984,50 M. Diese Zahl mag schön aussehen, es soll aber gleich gesagt werden, daß im April M 2500.-- gebettelte Gelder dabei sind, in der Maisumme stecken ca. M 5000.- der gleichen Gelder. Der Betrag für Juni, M 6555,50 enthält allein M 4000.-- allein von Berlin. Einnahmen für Juli 8193.60. Zu diesem Betrage haben die einzelnen Bezirke schon beigetragen. Ca. M 4000.-- waren von Berlin. Ich will hervorheben, daß Hannover die ersten waren, die ihrer Pflicht neben Berlin nachkamen.

Zeitungen und Broschüren:

April.....M 1690.70

Das war die No. 89, die Berlin nicht herausgab, dadurch hatten wir eine kleine Einnahme, weil Hamburg M 1000.-- als Gründungsfond zugab und wir in der Lage waren, gleich etwas zu arbeiten.

Mai.....M 10108.65

Darunter war auch freiwillig gegebenes Geld.

Juni.....M 14490.90

Von Juni ab kristallisiert sich allmählich ein gesunder Aufbau in den Ortsgruppen. Sie fangen an, zu bezahlen, wenn sie auch noch zuviel Abzüge machen.

Juli.....M 16312.90

Im Juli haben wir das Fundament für gleichmäßige Zug-um-Zug-Abrechnung.

Gesamteinnahme April - Juli M 42003.15

Diverse Einnahmen:

April.....M 1220.--

Darunter ist zu verstehen, daß jemand sein Reisegeld vom Bezirk wieder zurückbekam und es der Zentralkasse wieder abführte.

Mai.....M 135.--

Juni.....M 1500.--

Der letzte Betrag resultiert aus dem Verkauf einer Druckmaschine.

Juli.....M 220.20

Gesamt April-Juli M 3075.20

Die Gesamteinnahmen betragen:

Gründungsfonds, Beiträge etc.:.....M 28934.50

Zeitungen, Broschüren.....M 42603.15

Diverse Einnahmen.....M 3075.20

Zusammen.....M 74662.85

Davon wurden vom Schuldkonto im April-Mai M 2120.-- abgerechnet.

A u s g a b e n:

Zeitungen April.....M 2019.70

u. Mai.....M 13799.60

Broschüren. Juni.....M 16367.75

Juli.....M 17191.75

M 49378.80

April.....M 2260.--

Reise, Mai.....M 2795.--

Agitation Juni.....M 1600.--

etc. Juli.....M 2029.80

8684.80

	April.....M	231.80
Diverse	Mai.....M	675.80
Ausga-	Juni.....M	1028.10
ben.	Juli.....M	687.15

M 2622.85

Die Gesamtausgaben betragen:

Zeitungen und Broschüren.....M 49378.80

Reise, Agitation etc.....M 8684.80

Diverse Ausgaben.....M 2622.85

Schuldkonto.....M 2120.--

Gehälter April-Mai.....M 10709.--

M 73506.45

Am 31.Juli betrug der Kassenbestand M 1156.40

sodaß zusammen wiederum die Summe von M 74662.85 herauskommt.

Soweit dieser Bericht. Als Schuldforderung an die Partei bestehen noch M 11110.--. Das bedeutet, daß die Partei nicht etwa diesen Bestand in bar hat, sondern daß sie ca. M 9500.- Schulden hat. Von diesen M 11110.-- bekommt die Berliner Organisation allein M 7000.-- für Zeitungen und gelieferte Broschüren.

Was ich jetzt sagen werden, soll nicht persönlich klingen, aber glaubt ja nicht, daß ich schwarz in schwarz male, sondern es sind nackte Tatsachen, Zahlen, die ihr euch überlegen müßt, von denen das Sein oder Nichtsein der Partei abhängt. Wenn binnen 14 Tagen keine Änderung eintritt, wenn in dieser Zeit nicht die Möglichkeit geschaffen wird, daß wir einigermaßen unseren Verpflichtungen nachkommen, dann kann ich das nicht mehr verantworten. Es ist gesagt worden, daß die Gründungsmarken restlos abzurechnen sind, daß versucht werden müsse, Kampffondsmarken abzusetzen. Was ist davon geschehen? Viele theoretische Haarsplattereien haben stattgefunden, aber praktische Resultate in bezug auf die Kassen-

verhältnisse sind nicht herausgekommen. (Redner geht sodann auf die Verhältnisse in verschiedenen Bezirken ein und unterbreitet dem Parteitag alsdann folgende

Resolution:

Der Parteitag beschließt in Anbetracht dessen, daß der Geschäftsführende Hauptausschuß nicht in der Lage ist, mit den 50-Pfennig-Pflichtbeiträgen auszukommen, den Pflichtbeitrag auf 75 Pfg. pro Mitglied und Monat festzusetzen.

Ferner verpflichten sich die Wirtschaftsbezirke, die Kampffondsmarken umzusetzen und nach Möglichkeit sofort restlos der Hauptkasse zuzuführen. - Desgleichen wird erwartet, daß die Gründungsfondsmarken von den Wirtschaftsbezirken sofort abgerechnet werden.

Diejenigen Mitglieder, die in der Arbeit stehen und bis 31. August 1920 keine Gründungsfondsmarken geklebt haben, sind aus der Partei auszuschließen.

Der Parteitag verpflichtet sich, sich mit allen Mitgliedern dafür einzusetzen, daß der finanzielle Grundboden, eben das Fundament der Partei, gesichert wird.

E.-Berlin.

G.-Berlin: Kasse und Bücher sind geprüft gleichfalls die Belege. Es ist alles in Ordnung befunden worden. Ich beantrage daher Entlastung des Kassierers.

H.-Dresden: Nach diesem Kassenbericht sind auch wir davon überzeugt, daß etwas geschehen muß. Über die Ausführungen der beiden Redner haben wir keinerlei Einwendungen zu machen. Wir haben geglaubt, daß durch ein Umlageverfahren bessere Zustände einkehren würden. Wir glauben nunmehr aber selbst, daß die Durchführung doch zu wünschen übrig lassen wird.

Sp.-Rheinland: beantragt Schluß der Debatte.

Der Antrag wird abgelehnt.

Dafür wird ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf 10 Minuten angenommen.

An Anträgen zum Organisationsstatut stehen zur Debatte

1. Das Organisationsstatut vom Gründungsparteitag, veröffentlicht in der Berliner K.A.Z. No. 90 v.23.4.20.

2. Sämtliche Abänderungsanträge, gleichfalls veröffentlicht in der Berliner K.A.Z., die den Delegierten vorliegen.

H.-Leipzig: Durch die schäbige Handlungsweise des Spartakusbundes haben wir die Prozeßkosten für 3 verhaftete Genossen bezahlen müssen, die früher dem Spartakusbund angehört hatten. M 800.-- haben wir zur Errichtung der A.A.U. geliehen. Sollten wir das Geld noch einmal wieder bekommen, werden wir es restlos der Hauptkasse zuführen.

D.-Osthavelland: Mit Referenten sind wir immer im Stich gelassen worden, das muß besser werden.

R.-Berlin: Vom Bezirk Niedersachsen ist der folgende Antrag gestellt worden:

Der Parteitag beauftragt die Zentraleitung

1. Periodisch und bei besonderen Anlässen allgemeine Flugblätter für das Reich herauszugeben. Sollte sich die Drucklegung infolge finanzieller Schwierigkeiten nicht ermöglichen lassen, dann müssen auf alle Fälle mindestens Flugblattentwürfe den einzelnen Wirtschaftsbezirken zugestellt werden, damit diese selbst Flugblätter drucken lassen.
2. von Zeit zu Zeit und bei besonderen Anlässen Parolen herauszugeben bzw. einen knappen Überblick über die politische Situation.
3. regelmäßig Referentenmaterial herauszugeben.
4. systematische Agitationstouren mit den einzelnen Wirtschaftsbezirken zu vereinbaren.
5. den Rechtsschutz für die verfolgten Mitglieder zu regeln.
6. die Flüchtlingsunterbringung und Unterstützung möglichst einheitlich für das ganze Reich zu regeln.
7. allwöchentlich in den Organisationszeitungen eine Abhandlung über die auswärtige und innere politische und wirtschaftliche Lage zu bringen.

Bezirk Niedersachsen.